



Amtsgericht Aachen

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am

Dienstag, 12.08.2025, 11:00 Uhr,

3. Etage, Sitzungssaal A 3.017, Adalbertsteinweg 92, 52070 Aachen

folgender Grundbesitz:

Wohnungsgrundbuch von Merkstein, Blatt 4322,

BV lfd. Nr. 1

1/3 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Merkstein, Flur 18, Flurstück 430, Gebäude- und Freifläche, Kurt-Berkner-Str. 15, 17, Schillerstraße 34A, Größe: 567 m²

verbunden mit Sondereigentum an allen Räumen des Hauses im Aufteilungsplan mit Nr. 1 bezeichnet

versteigert werden.

Laut Wertgutachten:

eingeschossiges, vollständig unterkellertes Einfamilien-Reihenmittelhaus auf Eckgrundstück mit ausgebautem Dachgeschoss, Wohnfläche ca. 93 qm, Baujahr ca. 1980, einzelne Modernisierungen, leicht vernachlässigter Zustand mit Instandhaltungsstau. Es handelt sich um das Wohnungseigentum ATP-Nr. 1 in einer Anlage mit drei Eigentumseinheiten, jeweils als Einfamilienhäuser, Grundstücksgröße insgesamt 567 qm.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 21.06.2024 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

164.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.